

**Protokoll**

Datum: Donnerstag, 15. September 2016, von 09:00 bis 12:00 Uhr

Ort: Amthaus Olten

Anwesend: Beatrice Würsch, ZG; Martin Schmid, SO; Josef Zurfluh, UR; Raffael Meyer, BL; Alex Kleiber, BS; Michael Hafner, AG; Monica Höfliger, SZ; Denise Joller, LU; Silvia Amrein, NW; Gabi Kaderli, FKE; Deborah Schärer, Wissenschaftliche Mitarbeiterin Konkordat NWI-CH

Entschuldigt: Michael Imhof, BE; Romy Affentranger, OW; Freddy Amend; UR, Urs Rötheli, FKI

Leitung: Beatrice Würsch

Protokoll: Martin Schmid

**Vorstellungsrunde:**

Deborah Schärer arbeitet seit 1. Juni 2016 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Sekretariat des Konkordats, zusammen mit Benjamin Brägger. Sie hat ihre Masterarbeit zum Thema Konkordat NWI-CH geschrieben. Herzlichen Dank an Deborah Schärer für ihren Vorstellungsbuch!

Danke an Sepp Zurfluh für die Vertretung von Freddy Amend!

**1. Protokoll**

Das Protokoll vom 31. März 2016 wird genehmigt und verdankt.

**Beschluss:** Zur Genehmigung wird das Protokoll allen Mitgliedern der FKB zugestellt. Das genehmigte Protokoll wird auf der Homepage des Konkordats der NWI-CH publiziert.

**2. Informationen aus dem Konkordat**

Deborah Schärer informiert über die laufenden Geschäfte im Konkordat. Hier einige Information, die für die Bewährungshilfe wichtig sind:

- Die Einführung von ROS erfolgt im Konkordat ab 1. Januar 2018 in drei Etappen. Die Schulung wird im SAZ durchgeführt. Ein Schulungsprogramm ist in Vorbereitung.
- Per 1. Januar 2018 wird die Vollzugsform Electronic Monitoring für Strafen von 20 Tagen bis 12 Monaten in der gesamten Schweiz eingeführt. Momentan wird durch die KKJPD ein Fachkonzept erarbeitet.
- Die Arbeitsgruppe „Sanktionenrecht“ erarbeitet Richtlinien, damit die Strafen in Form von gemeinnütziger Arbeit (GA), Electronic Monitoring (EM) und Halbgefängenschaft (HG), möglichst über einheitliche Kriterien und Vollzugsöffnungen etc. verfügen. Es wird eine „Harmonisierung“ der beiden Vollzugsformen EM und HG angestrebt. Evtl. wird es nur noch eine RL geben für den gesamten Kurzstrafenvollzug. Aktuell wird die Frage diskutiert, ob es aus einer Strafe in Form von GA eine bedingte Entlassung geben soll. Die Richtlinie/n sollten bis zur Frühjahreskonferenz im April 2017 vorliegen.
- Daten: Die nächste AKP findet am 31. Oktober 2016 statt, die Konkordatskonferenz am 25. November 2016.
- Heute findet eine ausserordentliche Konkordatskonferenz zu den Themen SAZ-Kompetenzzentrum und Ausschaffungshaft statt.

### 3. ROS-Ansprechperson für Projektteam

Alle Anwesenden sind sich einig, dass es sinnvoll ist, wenn Denise Joller diese Aufgabe übernimmt, da der Kanton LU beim Modellversuch ROS mit dabei war und somit schon über Erfahrung verfügt.

**Beschluss:** Denise Joller wird einstimmig als Vertreterin für das Projektteam gewählt.

### 4. Audit und 5. Standards (die beiden Traktanden werden zusammen behandelt)

Beatrice Würsch informiert über die Rückmeldungen anlässlich der AKP vom 6. Juni 2016: Die Unterlagen wurden wohlwollend aufgenommen. Der Kanton BL ist im ersten Audit-Durchgang nicht mit dabei. Auch nach der Rücksprache von Benjamin Brägger mit der Amtsleitung bleibt der Kanton BL bei seinem Entschluss.

**Beschluss:** Beatrice informiert die AKP jährlich nach Abschluss der Audit-Auswertung mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse (gem. Beschrieb im Audit-Konzept). Die Standards sowie das Audit-Konzept und die Audit-Vorlagen werden mit dem neuen Briefkopf des Konkordats versehen.

Michael Hafner informiert, dass er intern die Aufgabe zur Auditierung des zugeteilten Kantons an einen Mitarbeitenden mit mehr Praxiserfahrung delegieren wird.

### 7. Kostengutsprache ROS bei Fallabtretung

Die Diskussion über die momentan entstehenden Kosten für die ROS-Abklärungen ergeben folgendes Fazit: Im Hinblick auf die ROS-Einführung im Jahre 2018 ist es angezeigt, bereits heute die Praxis gemäss den vorliegenden ROS-Richtlinien der ROS-Kantone anzuwenden. Die Finanzierung der ROS-Abklärungen erfolgt jeweils durch die zuständige Einweisungsbehörde (Straf- und Massnahmenvollzug).

Im Anschluss erfolgt eine Diskussion über die Kosten für Berichte bei Weisungen. Es gibt unterschiedliche Vorgehensweisen und Erfahrungen in den einzelnen Kantonen.

### 8. Berichte gegenlesen gemäss Punkt 2.12 der BwH-Standards

Der Punkt 2.12 ist in den Standards nicht weiter ausgeführt und es besteht Klärungsbedarf. Die Diskussion ergibt folgende Grundsätze:

- Die Berichte werden durch die Vorgesetzten oder einer zu bestimmenden Person gegengelesen. Die Vorgesetzten bringen eine Aussensicht ein (Verständnisfragen, Nachvollziehbarkeit, Unklarheiten, Ungereimtheiten, Begründungen werden geprüft).
- Der versandte Bericht wird nicht mit zwei Unterschriften versehen.
- Das Aktenexemplar wird mit dem Visum der dafür zuständigen Person abgelegt.

### 9. Informationen Kantone und Gremien

SZ: Aktuell werden mehr Ersatzmassnahmen-Fälle als Bewährungshilfe-Fälle betreut.

NW: Die Fallzahlen sind stabil, der Bedarf im Gefängnis Stans hat zugenommen und ist gross.

BL: Der langjährige Mitarbeiter, Richard Peter beendet per November 2016 seine Tätigkeit auf der Bewährungshilfe. Die Stelle kann trotz den Sparmassnahmen wieder besetzt werden, vorerst befristet auf ein Jahr. Es wird eine 60-Prozentstelle ausgeschrieben.

ZG: Die Fallzahlen sind stabil. Mit der neusten Sparrunde (Finanzen 2019) sollen - unter anderem - die Personalkosten gesenkt werden.

SO: Die Bewährungshilfe zieht per 31. Oktober 2016 an den neuen Standort: Ambassadorsrenhof / Riedholzplatz 3, 4509 Solothurn.

BS: Die Falleingänge haben sich im Vergleich zum Jahre 2015 stark erhöht. In der Zusammenarbeit durch den Strafvollzug und Bewährungshilfe wurden einzelne Abläufe / Schnittstellen überprüft und angepasst. Eine neue befristete (1 Jahr) Stellenbesetzung von 60 Prozent ist erfolgt.

- LU: Im Kanton wird das Konsolidierungskonzept 2017 umgesetzt. Es sollen Kosten gespart und Abläufe effizienter durchgeführt werden (Sparmassnahmen).  
Es wurde ein neues Justizvollzugsgesetz (JVVG) und eine neue Justizvollzugsverordnung (JVVO) eingeführt.  
In letzter Zeit korrespondieren Rechtsanwälte vermehrt im Namen der Klienten mit uns, z.B. stellen Anträge etc.
- UR: Das Pensum von Freddy Amend wurde von 50 auf 60 Prozent erhöht. Die Fallzahlen sind stabil, ausser bei den Bussen umwandlungen, welche zunehmen. Neu findet Supervision mit Daniel Treuthardt statt.
- BE: Fusion der beiden Abteilungen ABaS und ASM ist im Gang und wird per 1. März 2017 umgesetzt. Dies hat die Aufhebung der bisherigen Regionalisierung bei der Bewährungshilfe zur Folge.
- AUK: Es besteht eine Absichtserklärung, dass die Kantone der AUK, bezüglich Electronic Monitoring mit dem Kanton LU zusammen arbeiten werden. Vision: Strafvollzug Zentralschweiz.
- FKE: Die nächste Sitzung findet erst im Oktober 2016 statt, deshalb gibt es keine neuen Informationen.
- SKLB: Die Vorbereitungen für die Sitzung am 4. November 2016 sind im Gang.

#### **10. Daten FKB 2017**

Wir legen folgende Termine für die FKB-Sitzungen im nächsten Jahr fest:

- Donnerstag, 23. März 2017, von 9 bis 12 Uhr, in Olten
- Donnerstag, 21. September 2017, ganzer Tag, in Aarau
- Donnerstag, 30. November 2017, von 9 bis 12 Uhr in Olten

#### **11. Vorschläge für die Besprechung von Fachthemen**

Aus zeitlichen Gründen kann nicht mehr auf das Thema von Alex Kleiber eingegangen werden.

**Beschluss:** Bis zur nächsten FKB vom 1. Dezember 2016 melden alle Kantone an Martin Schmid (FKB Sekretär), welche Diagnose oder Fallanalyse-Instrumente auf den Diensten eingesetzt werden. Idealerweise wird ein anonymisierter Musterfall per Email zugestellt (martin.schmid@ddi.so.ch).

Solothurn, 20. Oktober 2016

Martin Schmid

